



## NEPALS WEG ZUR DEMOKRATIE 3. TEIL

### Anfang August

Die Wochenzeitung 'Dristi' macht auf die sich häufenden Menschenrechtsverletzungen der bhutanischen Regierung gegenüber der starken nepalischen Minderheit des Landes aufmerksam. Die betroffene Bevölkerung habe zwischenzeitlich eine Menschenrechtsbewegung gegen die, wie es heißt, tyrannische Herrschaft des bhutanischen Königs, Jigme Singe Wangchuk, gestartet. Zur Unterstützung dieser Bewegung sei in Kathmandu auf Veranlassung des 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR) eine 'Bhutan Support Group' gegründet worden, die sich um internationale Unterstützung der Protestbewegung Bhutans bemühe. Im vergangenen Jahr habe die bhutanische Regierung zwei ihrer Bürger in Ostnepal gekidnappt und nach Bhutan verschleppt. Eine dieser beiden Personen, Ratna Gajmer, sei in der Haft gestorben, die andere Person, Tek Nath Rijal, sei immer noch inhaftiert. Hunderte nepalstämmiger Bhutanesen hätten in bhutanischen Gefängnissen schwerste Folterungen zu ertragen.

### 5.08.1990

Mit Gewehren bewaffnete Randalierer dringen in ein Dorf in Malangwa, im Sarlahi-Distrikt, ein und brennen 82 Häuser von Moslems nieder, die gerade ihr Muharram-Fest feiern. Dabei werden 12 Personen verletzt, zwei von ihnen schwer; eine Frau wird noch vermißt. Der Zwischenfall soll ein Racheakt von Anhängern der 'National Democratic Party' (Thapa) gewesen sein, die kurz zuvor in diesem Dorf vergeblich versucht hatten, neue Anhänger für die Nachfolgeorganisation des Panchayat-Systems zu gewinnen. Sie hätten daraufhin das Gerücht verbreitet, die Moslems würden während des Muharram-Festes nicht Büffel- sondern Kuhfleisch essen.

### 7.08.1990

In der Hauptstadt mehren sich Gerüchte, die für Unruhe im Volk sorgen. So wird z.B. behauptet, eine Person aus dem Umfeld des Palastes plane einen parallelen Verfassungsentwurf, um das alte System wiederherzustellen. Auch die Verfassungskommission wird mit falschen Behauptungen in Verruf gebracht.

### 9.08.90

Die Unternehmer drohen mit Aussperrungen, falls die Streiks im Industriebereich andauern. Die industrielle Produktion sei in den vergangenen drei Monaten um 40 Prozent zurückgegangen.

Die 12 Mitglieder der 'Janvadi Morcha' (People's Front), die wegen der Bombenanschläge von 1985 in Haft sitzen, beginnen einen Hungerstreik, um ihre eigene Freilassung und die anderer politischer Gefangener durchzusetzen.

### 10.08.1990

In einem Interview der Wochenzeitung Nepali Avaj erklärt Rishikesh Shaha, Vorsitzender der 'Human Rights Organization of Nepal', zur Forderung der Armee, der König solle Oberkommandierender der Streitkräfte bleiben: "Ich bin von einem derartigen Vorschlag schockiert. Ich glaube nicht, daß der König hinter dieser Initiative steht. Dies ist ein geplanter Versuch, die Demokratie zu diffamieren. In einer Demokratie müssen die Streitkräfte der Regierung gewählt unterstehen. Die Armee sollte zur Disziplin aufgefordert werden. Der König sollte sich besser auf das Volk als auf die Armee stützen."

Von heute an erhalten nepalische Staatsbürger Reisepässe, die für alle Länder gültig sind. Gleichzeitig wird die Gebühr für die Ausstellung eines Reisepasses von 500 auf 1000 Rupien angehoben.

### 11.08.1990

In einem Interview des Gorkhapatra erklärt Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der 'United Left Front' (ULF), sie betrachte den Umstand, daß die ULF sich mit ihrer Forderung nach einer Übergangsverfassung nicht habe durchsetzen können, nicht als Niederlage. Es gebe unterschiedliche Auffassungen selbst innerhalb ein und derselben Partei. Anfangs habe auch der 'Nepali Con-gress' eine Übergangsverfassung gefordert, doch sei er später davon angerückt. Die ULF stehe nach wie vor zu ihrer Forderung.

### 12.08.1990

Die 'Democratic Women's Association' und die 'All Nepal Women's Association' organisieren eine gemeinsame Demonstration, um gegen die Preissteigerungen im Bereich grundlegender Güter wie Salz, Speiseöl, Linsen, Zucker und Reis zu protestieren.

### 15.08.1990

Die Situation im Mittleren Osten wirkt sich nun auch nachhaltig auf die Versorgungslage in Nepal aus. An Tankstellen und Ölverkausstellen bilden sich lange Schlangen.

### Mitte August 1990

An einigen Orten, so in Kathmandu, Dhading, Nuwakot und Nepalganj holt die Polizei, angeblich auf höhere Weisung hin, die persönlichen Daten und die politischen Aktivitäten von Mitgliedern der 'Free Student's Union', der 'Nepal Communist Party (M-L)' und insbesondere der sog. Mashal-Group der kommunistischen Partei ein. Das Innenministerium seinerseits erklärt, es lägen keine derartigen Anweisungen an die Polizei vor.

**16.08.1990**

Die 'Bhutan People's Party' und das 'Bhutan People's Forum for Human Rights' kündigen für den 26. August den Beginn einer Massenbewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan und die Unterdrückungspolitik der bhutanischen Regierung gegenüber den Menschen nepalischer Herkunft an. Man kritisiert in diesem Zusammenhang auch, daß insbesondere Indien immer noch zu den Vorgängen in Bhutan schweige, ja sogar die Entsendung von Militär nach Bhutan erwäge. Auch der nepalische Premierminister habe bisher nur einmal auf die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan aufmerksam gemacht.

**17.08.1990**

Die 'Nepal Medical Association' (NMA) berichtete, das Trinkwasser des Kathmandutals sei hochgradig verschmutzt und für den menschlichen Konsum ungeeignet. Die 'Drinking Water Corporation' weise diese Untersuchungsergebnisse jedoch zurück.

Gesundheitsminister Dr. Mathura Prasad Shrestha erklärt in einem Interview des 'Nepali Avaj', die jüngste Gastroenteritis-Epidemie habe in Kathmandu 34 und im übrigen Nepal 306 Todesopfer gefordert. Bei einigen Patienten in Kathmandu und in Hetauda habe man auch Cholerabakterien festgestellt. Ferner habe es außerhalb von Kathmandu auch einige Fälle von Lebensmittelvergiftung gegeben. Hauptursache für die Epidemie sei verschmutztes Trinkwasser.

Zu den Opfern der Demokratiebewegung befragt, erklärt Minister Shrestha, er schätze die Zahl der Toten auf 500, wenngleich die Menschenrechtsorganisation, FOPHUR, offiziell bisher lediglich 80 und das Innenministerium 124 Personen, einschließlich der getöteten Polizisten, registriert habe. Mehr als 2500 Personen seien verletzt worden.

**19.08.1990**

Radha Krishna Mainali, einer der Führer der an der Regierung beteiligten 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)', äußert sich zuversichtlich über die laufenden Bemühungen, die Parteien der 'United National People's Movement' in die 'United Left Front' zu integrieren und somit dieselbe zu stärken.

Nach einem Bericht der Organisation 'Child Workers in Nepal' (CWIN) gehen in Nepal 4,8 Millionen, d.h. 60 Prozent aller Kinder, einer Arbeit nach. In städtischen Gebieten arbeiten diese Kinder in Industrieunternehmen, Ziegelbrennereien, Steinbrüchen, Hotels und Restaurants. Allein im Kathmandutal gebe es schätzungsweise 48.000 Kinderarbeiter. In einem Bericht des 'Social Services National Coordination Council' heißt es darüber hinaus, 60 Prozent aller nepalischen Kinder seien unterernährt und unzureichend gekleidet.

**20.08.1990**

Aus Anlaß des nationalen Kindertages erklärt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, Regierung und Nicht-Regierungsorganisationen müßten ihre besondere

Aufmerksamkeit auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung der Kinder in den ländlichen Gegenden richten. Reformen hinsichtlich der Lage der Kinder seien dringend erforderlich.

**22.08.1990**

Die 'Bhutan Support Group Nepal' fordert die nepalische Regierung auf, bhutanische Politiker, die im nepalischen Exil leben als politische Flüchtlinge zu behandeln. Etwa 500 politische Aktivisten aus Bhutan lebten zur Zeit im indischen oder nepalischen Exil.

**23.08.1990**

Anschlag auf den Wagenkonvoi, in dem Königin Aishwarya, der Kronprinz und andere Mitglieder der königlichen Familie aus Pashupatinath zurückkehren. Die Scheiben mehrerer Begleitfahrzeuge gehen zu Bruch. Sicherheitspersonal feuert einige Salven in die Luft. Dieser Zwischenfall wird von allen Parteien als Akt krimineller Elemente verurteilt. Insbesondere rechte Oppositionsparteien fordern daraufhin den Rücktritt des Innenministers.

**24.08.1990**

Japan verzichtet auf Schuldentrückzahlungen in Höhe von 42,2 Millionen Rupien für den Zeitraum Oktober 1989 - März 1990. Die somit gewährte Geldsumme soll im gegenseitigen Einvernehmen zum Kauf von Konstruktionsmaterial, Dünger, Medizin, Erdölprodukten, Bewässerungs-, Transport- und Kommunikationsausrüstungen verwendet werden.

Die Wochenzeitung 'Nepali Avaj' berichtet über die anhaltende Bespitzelung politischer Aktivisten. Insbesondere betroffen seien die 'Nepal Communist Party (Mashal)', die 'Nepal Communist Party (M-L)' und die 'Nepal Communist Party (4th General Assembly)'.

**26.08.1990**

Madan Bhandari, zentraler Sprecher der 'Nepal Communist Party (M-L)', übt in einem Interview des Wochenzeitung 'Sunday Despatch' Kritik am Arbeitsstil der Übergangsregierung, der auch seine Partei angehört. Sie habe die Erwartungen des Volkes nicht erfüllt. Da es sich um eine Mehrparteienregierung handele, sollten die einzelnen Parteien zunächst konsultiert werden, ehe Probleme im Kabinett besprochen würden. Die Regierungsmaschinerie dürfe nicht nur von einer Partei, nämlich dem 'Nepali Congress', genutzt werden, sondern müsse allen Parteien zur Verfügung stehen.

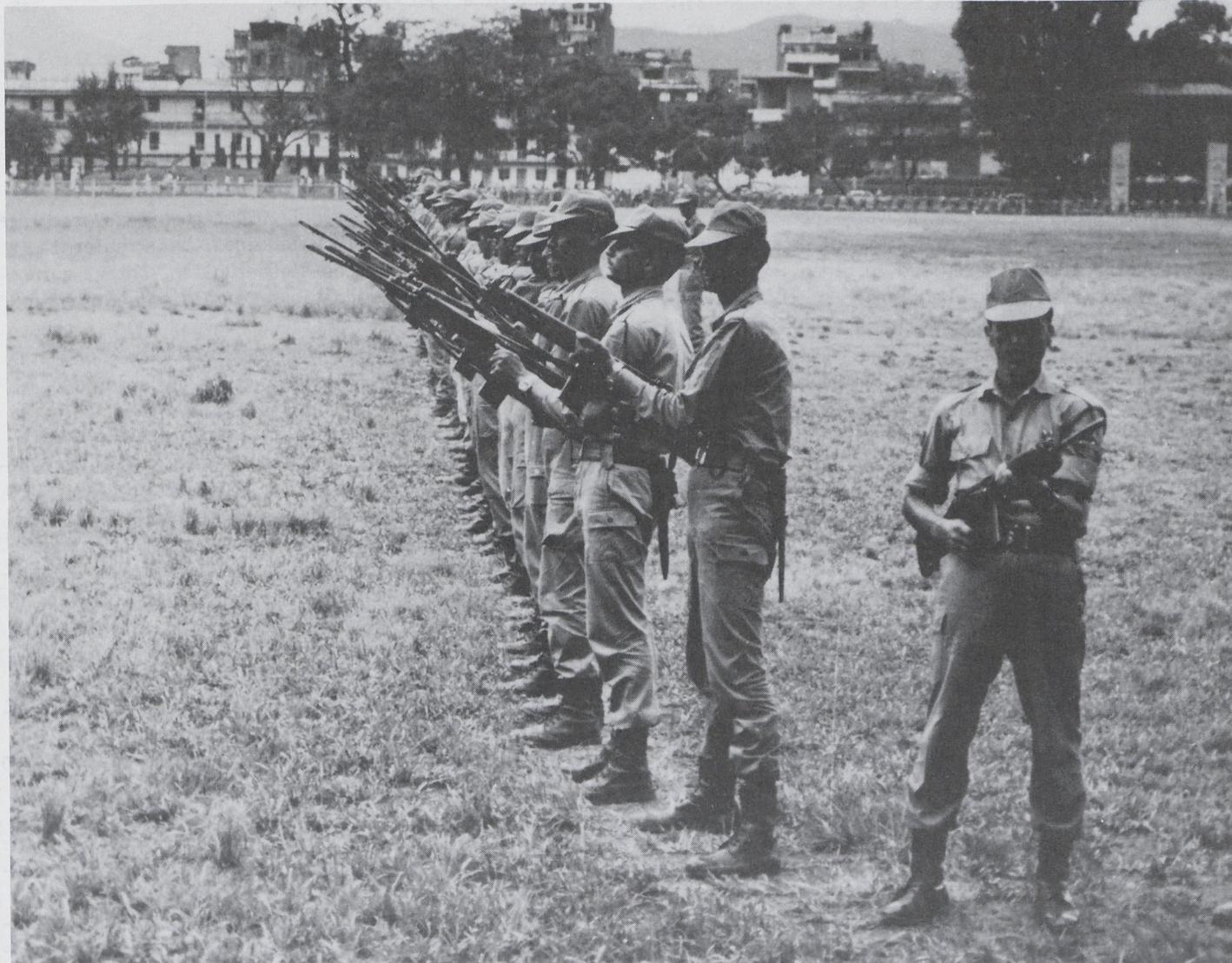
Die in Bhutan von der 'Bhutan People's Party' angekündigte Volksbewegung mit großen Demonstrationen in Phuntsoling, muß wegen einer von der Regierung verhängten Ausgangssperre verschoben werden. Die Ausgangssperre dauert in den folgenden Tagen an. Ausländern ist der Zutritt nach Bhutan verboten; es sind etwa 10.000 Sicherheitskräfte aufgebotsen. Unterdessen werden zahlreiche Bhutanesen nepalischer Herkunft von der bhutanischen Regierung terrorisiert. Mehr als 1000 von ihnen fliehen über die indische Grenze. Es heißt, die Nepali sprechende Bevölkerung Bhutans würde wie

Hunde behandelt und Hindus würden streng bestraft. Bhutanische Sicherheitskräfte hätten bisher mehr als 200 nepalstämmige Bhutanesen getötet und mehr als 4000 würden brutal in Polizeilagern gefoltert, darunter Frauen, Kinder und ältere Leute. Unterdessen hat die indische Regierung Artikel 144 des indo-bhutanischen Vertrages in Kraft gesetzt, welcher es den bhutanischen Regierungskräften untersagt, indisches Territorium zu betreten.

**28.08.1990**

Chandra Prakash Mainali, einer der Führer der 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)', nimmt gegenüber

Zusammenhang die Notwendigkeit der kommunisten Einheit. Auch der 'Nepali Congress' könne in den gemeinsamen Kampf gegen autokratische und tyrannische Elemente einbezogen werden. Einige ausländische Nationen, insbesondere Indien und die USA, mischten sich in die nepalische Politik ein. Sie versuchten, bestimmten politischen Parteien zu helfen, um ihre eigenen Interessen durch diese Parteien zu wahren. Sehr kritisch äußert sich Chandra Prakash Mainali zu den Ergebnissen des Besuchs von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in Indien. Er wolle nicht bestreiten, daß auch einige sehr positive Ergebnisse bei diesen Gesprächen herausgekommen seien. Nepal könne nicht mit Indien in



Die Armee hat in Nepal immer noch großen Einfluß (Foto: Walter Keller)

der Tageszeitung 'Rising Nepal' zu aktuellen politischen Problemen Stellung. Es gebe im Land zur Zeit eine politische Dreiecksbeziehung, gebildet von Palast, 'Nepali Congress' und den Kommunisten. Derzeit gebe es ein Tauziehen mit den palast-orientierten Kräften, die versuchten, die absolute Macht zu erlangen, während die beiden anderen Kräfte bemüht seien, die Macht auf das Volk zu übertragen. Mainali betont, das Volk müsse die Quelle aller Macht sein und bezeichnet die Kommunisten als patriotische und nationalistische Kraft und unterstreicht in diesem

Wettstreit treten, und deshalb sei es notwendig, einige Protektionsmaßnahmen zu treffen, um die weitere Verschlechterung der nationalen Wirtschaft zu verhindern. Aber bei den Gesprächen des nepalischen Premierministers mit den indischen Politikern sei lediglich über das Schicksal und die Probleme der in Nepal lebenden Inder gesprochen worden, nicht jedoch über die in Indien lebenden Nepali. Nepals Außenpolitik müsse neutral gegenüber China und Indien sein. Nur so seien nationale Identität und Souveränität zu wahren.

## Ende August 1990

Li Ta Pyao, der chinesische Botschafter in Nepal, wendet sich an Chandra Prakash Mainali, einen der Führer der 'Nepal Communist Party (M-L)'. Dies wird als politische Besonderheit gewertet, da bisher China lediglich auf Regierungsebene mit Nepal verkehrt hat. Außerdem ist in den vergangenen Monaten das Verhältnis zwischen Nepal und China deutlich abgekühlt, während auf der anderen Seite eine spürbare Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses eintrat. Der chinesische Botschafter betont, daß auch China eine Verbesserung des indo-nepalischen Verhältnisses befürworte, daß aber eine einseitige Bindung des Landes an Indien oder China abgelehnt werde.

## 1.09.1990

Mod Nath Prashrit, einer der Führer der 'Nepal Communist Party (M-L)' erklärt, der Anschlag auf die Königin vom 23. August sei eine Intrige des Königspalastes gewesen mit dem Bestreben, die alte Macht wiederherzustellen. Es sei höchste Wachsamkeit geboten, um eine Verschwörung gegen das Volk zu vermeiden. Die Kommunisten wollten Frieden, nicht Terror; aber sie wären auch bereit, einen anderen Weg zu gehen, wenn man ihnen Hindernisse in den Weg lege.

## 2.09.1990

Auf Bitte der 'Constitution Recommendations Commission' (CRC) verlängert König Birendra deren Amtszeit bis zum 6. September.

## 3.09.1990

Das 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR) macht darauf aufmerksam, daß in einem demokratischen Land Menschen nicht ohne Haftbefehl verhaftet werden sollten. In diesem Zusammenhang verweist FOPHUR auf die Verhaftung von 21 Personen ohne Haftbefehl im Dorf Mithileswar, im Dhanusha-Distrikt, am 26. August. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Verhaftungen einiger Personen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Königin vom 23. August. Die Verhafteten seien gefoltert worden. Die Zeitung 'Dristi' berichtet weiter, Ziel der Folterungen sei, daß sie sich zum, wie es heißt, "Verbrechen gegen die Nation" bekennen würden.

## 7.09.1990

30 Personen treten vor dem internationalen Sekretariat der südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) in Kathmandu in einen zwölfstündigen Hungerstreik, um auf die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Bhutan aufmerksam zu machen. In einem 13-Punkte-Katalog fordert man u.a. die Einführung einer konstitutionellen Monarchie, bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, das Recht auf kulturgemäße Kleidung, Sprache und Schrift.

Die Wochenzeitung 'Nepalipatra' meldet, der Kampf um demokratische Rechte in Bhutan sei verschärft worden. Die bhutanische Regierung habe zahlreiche Nepali unter falschen Beschuldigungen verhaftet. Viele Mädchen und Frauen seien von den Dukpas vergewaltigt worden.

## 9.09.1990

Die 'Nepal Communist Party (M-L)' organisiert eine große Demonstration in deren Verlauf die sofortige Promulgierung der neuen Verfassung verlangt wird. Vor tausenden von Menschen erklärt Mohan Chandra Adhikari: "Wir haben uns bis zu einem gewissen Umfang zur Respektierung der Monarchie bereit erklärt. Wenn der Königspalast jedoch eine Verschwörung anstrebt, hat er auch die Folgen zu tragen. Wenn der Palast ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen, die er mit uns getroffen hat, in Verschwörungen verstrickt ist, müssen wir den Kampf aufnehmen. Wir betrachten es als eine Verschwörung, wenn die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs noch weiter hinausgezögert wird."

## 10.09.1990

Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der 'Constitution Recommendations Commission', überreicht König Birendra offiziell den Verfassungsentwurf. Der König fordert den Premierminister auf, auch mit jenen politischen Parteien, die nicht in der Kommission vertreten waren, über den Entwurf zu sprechen und Vorschläge dieser Parteien zu berücksichtigen. Der Premierminister solle dann wieder diesbezüglich Kontakt zur 'Constitution Recommendations Commission' aufnehmen. Der König äußert sich überzeugt davon, daß die neue Verfassung ohne weitere unnötige Verzögerung promulgiert werden könnte.

Die Wochenzeitung 'Daily Diary' macht auf die Umweltverschmutzung durch einige Teppichfabriken in Sundarijal und Jorpati, in Kathmandu, aufmerksam. Diese würden das Schmutzwasser nach dem Waschen der Teppiche einfach in die Landschaft kippen. Von dort würde es ins Grundwasser, insbesondere das der Trinkwasserbrunnen, fließen und auch das Ackerland verseuchen. Dem Wasser werden zum Waschen der Teppiche verschiedene Chemikalien beigemischt.

Unter Führung von Shambhu Ram Shrestha wird die 'Nepal Communist League' gegründet. Erklärtes Ziel dieser neuen Partei ist die Intergation der unterschiedlichen kommunistischen Fraktionen.

## 11.09.1990

König Birendra verlängert auf Empfehlung des Ministerrats die Amtsdauer der 'Constitutional Recommendations Commission' bis zur endgültigen Promulgierung der Verfassung. Die Kommission soll unter anderem auch Änderungsvorschläge für bereits bestehende Gesetze auf der Grundlage der neuen Verfassung unterbreiten.

## 12.09.1990

Bala Krishna Khand, der Vorsitzende der 'Nepal Students Union', der Studentenvereinigung des 'Nepali Congress', fordert in einem Interview der Wochenzeitung 'Dristi' die sofortige Promulgierung des Verfassungsentwurfs. Im Falle einer Verschwörung gegen die Verfassung würden die Studenten auf die Straße zurückkehren. Bala Krishna Khand bekennt sich auch zur weiteren Einheit seiner Partei mit der 'United Left Front'.

**13.09.1990**

Die Tageszeitung Hindu berichtet, daß Mitglieder der königlichen Familie nun auch das Fünf-Sterne-Hotel 'Annapurna' in Kathmandu sowie einige Reiseagenturen zum Verkauf angeboten hätten. In gleicher Weise sollen auch Anteile an zahlreichen Fabriken, Hotels und anderen Immobilien an Privatpersonen verkauft werden.

Die Polizei übergibt dem Gericht in Bagmati 12 Personen, die im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Wagenkonvoi der Königin vom 23. August verhaftet worden sind und verlangt gegen sie wegen Anschlags auf den Thron die Todesstrafe.

**14.09.1990**

Die Wochenzeitung 'Nepalipatra' berichtet, es seien mittlerweile 15.000 Menschen aus Bhutan nach Indien und Nepal geflohen. Beim Anbringen von Postern seien in Bhutan drei Personen von der Polizei erschossen worden, 400 seien verhaftet und auf brutale Weise gefoltert worden. Unterdessen erreicht die Volksbewegung in Bhutan einen neuen Höhepunkt.

Auf einer Veranstaltung in Bhaktapur wiederholt Girija Prasad Koirala, der Generalsekretär des 'Nepali Congress', noch einmal jene Aussage, die er bereits einige Tage zuvor gemacht hat: "Die Kommunisten bezeichnen sich als eine revolutionäre Kraft, aber der 'Nepali Congress' allein hat die wirkliche Revolution mit friedlichen Mitteln bewirkt. Heute verschwindet der Kommunismus weltweit von der Bildfläche. Es ist eine falsche Behauptung, er sei auf dem Vormarsch. Die Kommunisten sollten sich bewußt werden, welche Kraft sie leitet."

**15.09.1990**

Auf einem erklärt Gesundheitsminister Shrestha, täglich würden 400 Kinder in Nepal sterben. Insgesamt betrage die Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Nepal 52 Prozent der Gesamtbevölkerung. Als Grund für die hohe Sterblichkeitsrate der Kinder nennt der Gesundheitsminister, daß fast 80 Prozent der Bevölkerung keine grundlegenden medizinischen Einrichtungen zur Verfügung stünden.

**16.09.1990**

Die Wochenzeitung Deshantar berichtet, der König werde den Verfassungsentwurf am 26. September offiziell promulgieren.

**17.09.1990**

Landesweite Proteste richten sich gegen eine weitere Verzögerung der Promulgierung der Verfassung. Madan Bhandari, der Sprecher der 'Nepal Communist Party (M-L)' macht deutlich, daß seine Partei keine Veränderung des Verfassungsentwurfs hinnehmen werde. Man würde dann die konstitutionelle Monarchie ganz verwerfen und die Monarchie abschaffen.

(Zusammenstellung aus zahlreichen Tages- und Wochenzeitungen Nepals: Karl-Heinz Krämer)

## **INTERVIEW:**

**Als nächster Schritt auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen im Himalayastaat sind für April nächsten Jahres Wahlen vorgesehen. Aber bis dahin sind noch zahlreiche Hürden zu überwinden. Immer fraglicher ist, ob die Übergangsregierung, bestehend aus konservativen und linken Kräften, noch bis zum Wahltermin hält. In den vergangenen Wochen haben nicht nur die Probleme zwischen den Koalitionspartnern sondern auch innerhalb der an der Übergangsregierung beteiligten Parteien zugenommen.**

**Über die Lage im Himalayastaat sprach Walter Keller in Kathmandu mit Nepals Premierminister Krishna Prasad Bhattarai. Auszüge aus dem Interview:**

**Sind Sie mit dem Verfassungsentwurf zufrieden?**

Insgesamt ja, obwohl wir (Nepali Congress) noch Raum für Verbesserungen sehen. Ich werde jedoch dem König vorschlagen, den Entwurf in der jetzigen Form in toto zu akzeptieren. Änderungen können dann noch nach den Wahlen erfolgen. Es gibt aber viel Kritik von Seiten der Parteien, die nicht an der jetzigen Übergangsregierung beteiligt sind. Diese Kräfte setzen sich aus genau den Kreisen zusammen, die noch bis vor kurzem für die uneingeschränkte Macht des Königs eintraten.

**Weshalb haben Sie Ihre Europareise abgesagt?**

Ich wollte in die Länder reisen, mit denen wir gute und enge Beziehungen pflegen. In die USA, nach Österreich, in die Bundesrepublik und nach Frankreich. Zwischenzeitlich konnte dann jedoch die Kommission ihren Verfassungsentwurf unterbreiten, der dem König übergeben wurde. Und danach gab es zahlreiche Diskussionen und Probleme. Ich muß leider zugeben, daß die Lage in unserem Land immer noch nicht normal ist, obwohl sich die Übergangsregierung bemüht hat, für normale Verhältnisse zu sorgen. Dies haben wir bisher nicht erreichen können. Dafür gibt es zahlreiche Gründe. Unsere Übergangsregierung besteht aus einer Koalition von Nepali Congress und sieben Linksparteien. Einige diese Linksparteien scheinen offensichtlich die Realitäten in unserem Land nicht wahrhaben zu wollen. So spielt beispielsweise der König immer noch eine große und entscheidende Rolle in der nepalischen Politik, obwohl er sich dazu bereiterklärt hat, zukünftig nur noch konstitutioneller Monarch zu sein. Wenn die linken Parteien ihn nun zu sehr agitieren und zu viele Reformen auf einmal fordern ist es für mich als Regierungschef sehr schwierig, dies gegenüber dem König zu vertreten.

**Besteht denn die Gefahr, daß die Übergangsregierung auseinanderbricht?**

Momentan befürchte ich dies nicht. Ich denke, die Linke wird dies nicht riskieren wollen, weil sie selber gerne in der Regierung bleiben will. Wenn mir jedoch weiterhin so große Schwierigkeiten von dieser Seite bereitet werden, könnte eine Situation entstehen wo ich sage: Auf Wiedersehen, fahrt zur Hölle (go to hell). Und dann werde ich zurücktreten.

# VERFASSUNGSENTWURF

**Hauptpunkte des Verfassungsentwurfs, der von der 'Constitution Recommendations Commission' am 10. September 1990 König Birendra übergeben wurde:**

## 1. Souveränität

Die Souveränität des Königreichs Nepal liegt in den Händen des Volkes. Der Verfassungsentwurf enthält außerdem Vorkehrungen zur Änderung selbst der grundlegendsten Teile der Verfassung durch verschiedene Prozeduren einschließlich der Möglichkeit eines Referendums.

## 2. Politische Stabilität

Politische Stabilität ist äußerst wichtig für die Konsolidierung der konstitutionellen Monarchie und der Vielparteiendemokratie, und die politischen Parteien, die gegenüber dem Volk verantwortlich sind, müssen sich an den demokratischen Rahmen halten, um politische Stabilität zu erreichen. Parteien, die bei den ersten allgemeinen Wahlen keine 5 Prozent der Wählerstimmen erreichen, werden bei der folgenden Wahl ausgeschlossen. Auch die interne Organisation der politischen Parteien sollte demokratisch sein. Dies wird als positiver Beitrag zur Entwicklung der politischen Parteien als demokratisch verantwortliche Organisationen gewertet.

## 3. Grundrechte

Die Grundrechte des Volkes werden garantiert. Zum Erhalt und zur Ausübung dieser Rechte wird der Oberste Gerichtshof mit besonderer Autorität ausgestattet. Zu diesen Grundrechten gehören das Recht auf Erziehung und Kultur, das Recht auf Schutz der Privatsphäre, das Recht gegen Bespitzelung, das Recht auf Information und die Garantie von Gedanken- und Redefreiheit.

## 4. Sonderrechte

Besondere Rechte werden Frauen gewährt, die aus finanziellen und auch anderen Gründen besonders benachteiligt sind, aber auch gegenüber Menschen verschiedener Kasten und Volksgruppen.

## 5. Legislative

Am legislativen Prozeß des Landes sind der König, der Rastriya Sabha (Oberhaus) und der Pratiniddhi Sabha (Unterhaus) beteiligt, die alle drei zusammen als Samsad bezeichnet werden. Dem Pratiniddhis Sabha, dem Parlament, gehören 175 Abgeordnete an, die direkt vom Volk als Vertreter diverser politischer Parteien gewählt werden. Daneben gibt es den 60 Personen umfassenden Rastriya Sabha, das Oberhaus, dem Vertreter verschiedener, politischer, intellektueller und sozialer Gemeinschaften angehören. Einige Sitze dieses Rastriya Sabha werden für Frauen reserviert sein sowie für unterdrückte und rückständige Volksgruppen. Außerdem werden jeweils drei Vertreter aus jeder Region, jeweils von Dorf-, Stadt- und Distriktebene, vertreten sein. Während der Pratiniddhi Sabha auf fünf Jahre gewählt wird, soll der Rastriya Sabha ein permanentes

Organ sein, von dem jeweils ein Drittel der Mitglieder alle zwei Jahre neu zu bestimmen ist. Die gesetzgebenden Prozeduren werden gegenüber früher wesentlich vereinfacht.

## 6. Exekutive

Die exekutive Macht liegt in den Händen des Königs und des Ministerrats.

## 7. Judikative

Anstatt wie bisher aus vier wird das Justizwesen nur noch drei Instanzen umfassen. Hierdurch soll eine Vereinfachung und eine Kostenersparnis erreicht werden.

## 8. Weitere Organe

Organe wie Auditor General, Public Service Commission und Election Commission sollen als unabhängige Einheiten bestehen. Hinzu kommt eine Public Investigation Commission, welche die derzeitige Prevention of Abuse of Authority Commission ablöst.

## 9. Notstand

Der König kann den Notstand auf Empfehlung des Ministerrats ausrufen. Diese Entscheidung muß aber innerhalb eines Monats vom Parlament bestätigt werden.

## 10. Verteidigung

Die Sicherheitsorgane des Landes werden einem sog. National Defence Committee unterstellt.

## 11. Verträge

Die Exekutive darf keine Verträge oder Vereinbarungen abschließen, die der territorialen Integrität des Landes abträglich sind.

## 12. Hindu-Königtum

Nepal nennt sich in Zukunft "Hindu Constitutional Kingdom" (Eine Erläuterung dieses widersprüchlichen Begriffs konnte auch nicht von Finanzminister Dr. Deven-dra Raj Pandey geliefert werden. Ein Hindu-Königreich ist immer ein absolutes Königreich. Politische Experten haben die bisherige nepalische Staatsform schon immer als konstitutionelles Königreich bezeichnet, weil das absolute Königtum in den Deckmantel einer schein-demokratischen Verfassung gehüllt war, d. Verf.)

## 13. Politische Parteien

Die Exekutive hat kein Recht, politische Parteien zu verbieten.

## 14. Friedenszone

Der Begriff "Zone of Peace" wird in der Verfassung nicht erwähnt. Jedoch wird die Errichtung des Friedens als Richtlinie festgeschrieben.

Karl Heinz Krämer

(Quelle: 'The Rising Nepal' und 'Gorkhapatra', 11. September 1990)